

SED tarnt den Kirchenkampf

Aber die unteren Leitungen haben andere Anweisungen

„Unser Staat führt nicht nur keinen Kirchenkampf, sondern hat auch nicht das geringste Interesse daran!“ Dieser Kernsatz eines von der SED inspirierten Schreibens des „Volkskammer“-Präsidenten Dieckmann steht über der gegenwärtigen Phase des Kirchenkampfes in der Sowjetzone. Man hat mit einigen kirchenfeindlichen Aktionen zu sehr die öffentliche Meinung gegen sich aufgebracht. Das „Leisetreten mit unverminderter Kraft“ wird zur Richtschnur der kommunistischen Organisationen. Den Gläubigen bleibt dies nicht verborgen. Vielfältig sind die Methoden, mit denen SED und namentlich die FDJ die auch in der Sowjetzonenverfassung garantierte Glaubensfreiheit brechen. Kennt man sie, wird die ganze geheuchelte Ahnungslosigkeit der kommunistischen Regierungsfunktionäre offenbar.

Grundtendenz des Kirchenkampfes ist: „Bekämpft die Religion als einen Aberglauben, aber tut dies auf der unteren Ebene, ohne die Staatsorgane mit hineinziehen.“ Es ist die Taktik der „Jugendweih-Komitees“ und atheistischen Organisationen, die durchweg als „freie Interessenvertretungen“ und niemals im Auftrage des Staates agieren. Obwohl jedermann weiß, daß die „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ von dem SED-Minister Fritz Lange angeleitet wird und das Zentrale Jugendweihe-Komitee die Vollmachten eines kleineren Staatssekretariates besitzt.

FDJ füllt Kirchenbogen aus

Seit Januar haben die unteren FDJ-Organisationsleitungen Anweisung, Berichtsbogen über die religiöse Betätigung ihrer Mitglieder anzulegen. In den FDJ-Kreisvorständen werden diese Formulare als „Kirchenbogen“ tituliert. Da FDJ und Schule bei Berufswahl, Übergang zur Oberschule oder Studium gleichzeitig ihre Beurteilung abzugeben haben, entstehen den christlichen Jugendlichen hier mitunter Schwierigkeiten, von denen der Staat „natürlich nichts weiß“.

Weiter: Es besteht eine stillschweigende Absprache inner-

halb der FDJ-Kreissekretariate, wonach die Kirchgänger unter den FDJ-Mitgliedern vornehmlich zu sonntäglichen GST-Übungen und Agitationseinheiten abgestellt werden. In Potsdam hat ein FDJ-Sekretär als gläubig bekannte Verbandsmitgliedern absichtlich zu einem Atheisten-Kursus geschickt, um, wie er erklärte, „mal zu sehen, ob die mehr FDJler oder Kirchenbeter sind“.

Die SED verfährt hier nach sowjetischem Prinzip: Laßt die Alten mit ihrem Glauben sterben, aber die Jugend soll keine Kirche mehr betreten! Die wenigsten Eltern kennen die neuen Richtlinien des Volksbildungsministeriums, das den atheistischen Unterricht bereits in der untersten Grundschulklasse verfügt. An Hand pseudo-wissenschaftlicher Thesen wird schon bei den Sechsjährigen die Kirche lächerlich gemacht, der Pfarrer den mittelalterlichen Hexenmeistern gleichgestellt. In Schüleraufführungen der „Jungen Pioniere“ treten die Pfarrer als vom Westen geschickte Leute auf, die den Auftrag haben, die Kinder von der Schule und vom Lernen abzuhalten.

Am schärfsten ist der Kirchenkampf in den ländlichen Gemeinden entbrannt. Unter dem Motto „Der Pfarrer und

der Gastwirt sind die Feinde und Verderber der Jugend“ versucht man die Dorfjugend zu kirchenfeindlichen Handlungen zu provozieren.

„Jedem seinen Glauben!“

Die kommunistischen Staatsorgane stellen sich diesen Dingen gegenüber taub: „Wir wissen von nichts, haben nichts angeordnet und können auch nichts dagegen tun. Bei uns hat jeder Glaubensfreiheit. Wenn die Atheisten so etwas machen, dann ist das ihre Angelegenheit!“

Die SED wird niemals zugeben, daß die atheistischen Organisationen in der Zone vom Staat größte Geldzuwendungen erhalten, daß ihnen fast die gesamte Presse zur Verfügung steht. Die Anweisungen der unteren SED- und FDJ-Leitungen für die politische Erziehungsarbeit strotzen von kirchenfeindlichen Parolen und Aufforderungen zum Glaubensboykott. Nie wird der Staat dafür verantwortlich zu machen sein, denn: Kommt ein offener Verfassungsbruch zur Sprache, schiebt man immer einen unteren Funktionär vor, der eben „auf eigene Faust“ gehandelt hat. Wer weiß schon, daß die direkten Anweisungen für den Kirchenkampf auf Zentralrats- und Zentralkomitee-Tagungen mündlich ausgegeben werden? Erst in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden werden sie schriftlich fixiert.

In ihrem Kampf um die Glaubensfreiheit hat die sowjetzonale Kirche einen skrupellosen, sich ständig neu tarnenden Gegner. Ihre Anhänger aber wissen dafür, daß ihr Glaube eine Waffe ist, die der SED-Staat so fürchtet, daß er ihn mit illegalen Mitteln bekämpfen muß.

Johann B. Gradl:

Die Politik ist komplizierter

Der Wahlkampf in Baden-Württemberg war aufschlußreich. Die Lokalpolitik hatte ihren Anteil, aber nicht groß. Wirtschaftliche Fragen standen nicht im Vordergrund. Die Besserung der allgemeinen Lebensverhältnisse hat offenbar den sozialen Auseinandersetzungen Wucht und Eindringkraft genommen. Die tonangebenden Wahlkämpfer haben sich auf allgemeinepolitische Fragen konzentriert und die Politik um die Wiedervereinigung sehr in den Vordergrund gerückt. So wird es wahrscheinlich auch in der Bundesrepublik werden.

Stören die Divisionen?

Nun ist es gewiß kein Schade, daß sich die allgemeine Aufmerksamkeit stärker auf die gesamtdeutsche Frage konzentriert und auf alles, was damit zusammenhängt. Es geschähe zwar besser nicht im Streit, sondern in Zusammenarbeit der Parteien, doch das muß wohl vorläufig in Kauf genommen werden. Widersprochen werden muß aber gewissen Argumenten. Die Reden Thomas Dehlers und ähnlich sprechender Politiker können und sollten vielleicht den Eindruck erwecken, daß wir die Wiedervereinigung schon hätten oder ihr doch näher wären, wenn die Bundesrepublik sich weniger an den Westmächten und mehr an der Sowjetunion orientiert hätte. Das aber ist falsch und nur geeignet, die sowjetische Illusion zu nähren, daß man die Westdeutschen vielleicht doch noch zu einer Wiedervereinigung mit schrumpfender Freiheit überreden könnte. Wir haben hier immer den Standpunkt vertreten, daß eine konstruktive westliche Wiedervereinigungspolitik in ihre Überlegungen auch Denken und Sicherheitsbegehren der Sowjets einbeziehen muß. Aber nichts in der sowjetischen Politik der vergangenen zehn Jahre gegenüber Deutschland ist geschehen, das rückschauend den Eindruck machen könnte, eine wirkliche Chance sei vorhanden gewesen und versäumt worden.

Wohin Simplifizierungen der politischen Diskussion führen, das zeigt auch der sicher nicht ohne Absicht gerade in diesen Tagen geschriebene Brief von 104 evangelischen Geistlichen Baden-Württembergs an den Bundestag. Das Zentralorgan der SED hat mit Freuden den vollen Wortlaut abgedruckt. Die Aufstellung westdeutscher Divisionen sei verhängnisvoll und auf keinen Fall dürfe aufgerüstet werden, solange Deutschland gespalten sei, so heißt es in dem Brief.

Zufällig ist es gerade zehn Jahre her, daß auf der Pariser Außenministerkonferenz im April 1946 von Byrnes der amerikanische Plan für fünfundzwanzigjährige Entmilitarisierung eines wiedervereinigten Deutschlands vorgelegt — und von Molotow abgelehnt wurde. Zehn Jahre lang ist Westdeutschland entmilitarisiert geblieben, was weder den Krenl noch Pankow zu einer Freigabe des Weges zur Wiedervereinigung veranlaßt hat. Und sind die Briefschreiber wirklich so naiv, eine Wiedervereinigung zu fordern, in die die sogenannte DDR ihre bewaffneten kommunistischen Milizen und Kadres einbringt, die Bundesrepublik aber vertrauensselig mit einigen tausend Polizisten und Gendarmen antritt, um eine Wiederholung des Prager Putschs recht leicht zu machen?

Soll Berlin wählen?

Aber auch für Berlin muß man wünschen, daß die politischen Gegebenheiten nicht zu vereinfacht gesehen werden. Der Senat möchte, daß die Abgeordneten Berlins zum Bundestag künftig wie im Bundesgebiet in allgemeinen Wahlen gewählt und stimmberechtigt werden. Begründet wird dieses Verlangen damit, daß das Band Westberlins mit dem Bund im Interesse der Sicherheit Berlins nicht eng genug sein könne und daß Berlin an dem Bundesrecht, das ja auch für Berlin gilt, entscheidend mitgestalten will. Das klingt einleuchtend und ist wünschenswert. Trotzdem täte der Senat gut, seinen Beschluß im Hinblick auf die komplizierte Wirklichkeit Westberlins zu revidieren.

Die Sicherheit Westberlins beruht auf dem Viermächtestatus

Gesamtberlins. Auf ihm und den westlichen Garantien beruht die Anwesenheit der westlichen Besatzungstruppen und die Freiheit der Verbindungswege. Die Antworten des Sowjetbotschafters Puschkin auf westalliierte Vorstellungen lassen jedesmal den sowjetischen Widerwillen gegen den Viermächtestatus spüren. Es ist nicht zu erkennen, warum die Sicherheit Westberlins durch seine unmittelbare Einbeziehung in die Bundestagswahl größer werden sollte. Die Sicherheitsgarantien der drei Westmächte und der NATO werden dadurch nicht verstärkt.

Der Viermächtestatus ist der staats- und völkerrechtliche Ausdruck der Besonderheit Berlins. Und diese Besonderheit wiederum ist der Ausdruck der Tatsache, daß es außer und über Bundesrepublik und DDR noch das ganze Deutschland gibt, für das Berlin Symbol ist.

Das ist nicht nationale Mystik, sondern hat sehr reale Bedeutung. Die vielberufene Verantwortung der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands wird durch die eigenartige Existenz Berlins davor bewahrt, sich aus einer von der Wirklichkeit gestellten gesamtdeutschen Aufgabe zu verflüchtigen in den Nebel völkerrechtlicher Theorie und diplomatischer Spielerei. Die Aufgabe Westberlins ist es deshalb gerade, seine Verbindung mit der Bundesrepublik nicht bis zur äußersten staatsrechtlichen Vollkommenheit zu entwickeln, sondern seine staats- und völkerrechtliche Besonderheit zu bewahren. Absolute Vollkommenheit, Perfektionismus im staatsrechtlichen Anschluß Westberlins an die Bundesrepublik würde Perfektionismus in der Übertragung der deutschen Spaltung auf Berlin bedeuten. Niemand würde davon mehr erfreut sein als die DDR-Kommunisten, die zwar die sowjetische Besatzungszone für Westberliner praktisch geschlossen haben, aber die Verbindung zwischen Westberlin und Ostberlin unter Beschränkung auf Schikanen offen lassen müssen wegen des besonderen Status Berlins.

Die indirekte Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten durch das Abgeordnetenhaus

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Eisenhower antwortet Bulganin

Washington (DPA). Präsident Eisenhower hat die Sowjetunion erneut aufgefordert, mit den USA gemeinsam für die allgemeine Abrüstung und die Abwendung der Atomkriegsgefahr zu arbeiten. Gleichzeitig wiederholte er seine Anregung, seinen eigenen Plan für die Luftinspektion mit den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Bodeninspektionen zu verbinden.

Die Vorschläge Eisenhowers sind in einer Antwort auf den langen Abrüstungsbrief Bulganins enthalten, mit dem der sowjetische Ministerpräsident im September den Briefwechsel mit Eisenhower eröffnet hatte.

Eisenhower hebt in seinem Brief hervor, daß nach seiner Ansicht vor allem darauf hingearbeitet werden müsse, die Gefahr eines Atomkrieges abzuwenden. „Als wichtigsten Schritt in dieser Richtung und als Ergänzung einer zufriedenstellenden Arbeit unserer Luft- und Bodeninspektion sind die USA bereit, zusammen mit anderen Nationen geeignete und sichere Vorkehrungen zu schaffen, damit die künftige Produktion von Ausgangsmaterial zur Atomspaltung nirgendwo in der Welt länger dazu verwendet werden kann, die Vorräte an Explosivstoffen zu vergrößern.“

Weg frei für Bundeswehr

Wehrergänzung und Soldatengesetz verabschiedet

Bonn (Eigenbericht). Der Bundestag hat mit der Verabschiedung der Wehrergänzungen zum Grundgesetz und des Soldatengesetzes in zweiter und dritter Lesung die endgültige Grundlage für die Bundeswehr geschaffen. Auf Grund dieser beiden Gesetze kann die Bundesregierung jetzt die 150 000 Freiwilligen für die neuen Streitkräfte einstellen, die ihrer Ansicht nach benötigt werden. Die Einberufung von Wehrpflichtigen kann erst dann erfolgen, wenn ein besonderes Wehrpflichtgesetz erlassen worden ist.

Für die Ergänzungen des Grundgesetzes stimmten 390 Abgeordnete aller Fraktionen, dagegen 20 Abgeordnete der SPD. Das Soldatengesetz wurde gegen die Stimmen der SPD verabschiedet. Die Wehrergänzungen und das Soldatengesetz gehen jetzt an den Bundesrat, der sich mit ihnen am 16. März in einer Sondersitzung in Berlin befassen wird. Auf Beschluß des Bundestages werden die neuen Streitkräfte die Bezeichnung Bundeswehr tragen. Der Name Wehrmacht wurde ausdrücklich abgelehnt.

Die umstrittene Frage des Oberbefehls wurde so geregelt, daß der Oberbefehl im Frieden beim Bundesverteidigungsminister und im Kriege beim Bundeskanzler liegt. Dem Bundespräsidenten kommen nur be-

stimmte Repräsentationsrechte zu. In einer Kampfabstimmung wurde festgelegt, daß die Berufssoldaten und die „Soldaten auf Zeit“ vereidigt werden.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Dr. Jäger (CSU) erklärte, die jetzigen Ergänzungen des Grundgesetzes seien notwendig, weil bisher im Grundgesetz keine wehrpolitischen Bestimmungen enthalten seien. Die Bundeswehr müsse eine Sache des ganzen Volkes werden, nicht nur einer Partei oder Fraktion. Durch die neuen Ergänzungen der Verfassung werde der Primat des Politischen über das Militärische gesichert, indem die Befehlsgewalt über die Truppen dem Verteidigungsminister übertragen werde. Dr. Mende betonte die Zustimmung der FDP zu den Grundgesetzänderungen.

Kein Erdrutsch in Stuttgart

CDU bleibt stärkste Partei

Stuttgart (AP/DPA). Bei den Wahlen zum neuen Landtag in Baden-Württemberg hat es keinen Erdrutsch gegeben. Bis auf eine Verschiebung zugunsten der CDU, die als stärkste Partei hervorging, trat in der politischen Konstellation keine wesentliche Änderung ein. Von den 120 Sitzen im Landtag erhält die CDU 56 (bisher 50).

Als zweitstärkste Partei erhält die SPD 36 (bisher 38 Mandate), die FDP 21 (23) und der BHE 7

(bisher 6) Mandate. Die KP, die im alten Parlament vier Abgeordnete stellte, scheiterte diesmal an der Fünfprozent-Klausel. Ebenfalls werden die Splittergruppen Bund der Deutschen, Gesamtdeutsche Volkspartei und Deutsche Gemeinschaft im Parlament nicht vertreten sein.

Auffallend war die schwache Wahlbeteiligung, die 71,3 Prozent betrug. Sie wird nicht zuletzt auf das Hochwasser in vielen Teilen des Landes zurückgeführt.

So wählte Baden-Württemberg

| | Stimmen | Proz. | Sitze | 1952 Proz. | 1953 Proz. |
|-----------|-----------|-------|----------|---------------|---------------|
| CDU . . . | 1 392 326 | 42,6 | 56 (50*) | 36,0 | 52,4 |
| SPD . . . | 942 557 | 28,9 | 36 (38) | 28,0 | 23,0 |
| FDP . . . | 541 233 | 16,6 | 21 (23) | 18,0 | 12,7 |
| BHE . . . | 204 230 | 6,2 | 7 (6) | 6,3 | 5,4 |
| KPD . . . | 104 612 | 3,2 | — (4) | 4,4 | 2,3 |

*) In Klammern die Zahl der Sitze im alten Landtag. — Vergleichszahlen: 1952 Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung, 1953 Bundestagswahl.

Ulbricht verurteilt Stalin

DT. Nun hat auch Walter Ulbricht mit einem langen Artikel im „Neuen Deutschland“ die Abkehr von Stalin vollzogen und das Stichwort zur Umschulung der SED gegeben. Während er noch in seinem Bericht über den 19. Parteitag der KPdSU (B) am 22. Oktober 1952 Stalins Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ als eine „geniale Arbeit“ und als ein „Meisterwerk“ feierte, zu dessen Lektüre er aufrief, spricht er jetzt nach dem 20. Parteitag von „theoretischen Fehlern“, die das Werk enthalte und die nun korrigiert worden seien. Kategorisch verneint er die Frage, ob Stalin zu den „Klassikern“ des Marxismus gehöre. Ulbricht sagt sogar, daß der große und weise Mann, wie er ihn früher zu nennen pflegte, durch seinen Personenkult und dadurch, daß er sich „über die Partei stellte“, der KPdSU und dem Sowjetstaat bedeutende Schäden zugefügt habe. Das ist richtig, und einer der Schäden, die der Sowjetunion aus der Politik Stalins erwachsen, heißt Ulbricht, und ein anderer heißt DDR. Auch das wird einmal in Moskau eingestanden werden.

Das Erstaunliche ist nur, daß solche neuen Einsichten niemals aus den so souveränen Satellitenstaaten, sondern immer nur aus Moskau kommen — als ob man z. B. in Pankow nicht selbst denken könne. Erst wenn

Moskau gesprochen hat, dann ist das Gesprochene zum Nachplappern auch für die Satelliten freigegeben. Das ist ihre Freiheit, und so sieht sie aus: weder schön, noch souverän, und sie hinterläßt deshalb einen peinlichen Beigeschmack. Das ist um so erstaunlicher, als doch westliche Politiker in Pankow laut gelobt werden, wenn sie einmal — wie soeben der französische Außenminister Pineau — trotz ihrer „imperialistischen Knechtung durch die USA“ selbständig und eigenwillig an der Politik des Westens Kritik üben. Eine solche Unabhängigkeit müßte doch auch für diejenigen erreichbar sein, die dort herrschen, wo in Berlin „der demokratische Sektor beginnt“.

Man sollte deshalb, wenn jetzt die Umschulung der SED (von Stalin fort zu Chruschtschow) beginnt, auf allen Versammlungen und Schulungsabenden der Zone die Frage stellen, seit wann Ulbricht eigentlich Stalin für einen Schädling hält und aus welchem Grunde er diese immerhin wichtige Erkenntnis nicht schon früher offen geäußert hat. Man kann auch fragen, warum er Stalin heute so hart verurteilt, wenn er ihn vor kurzer Zeit noch als den genialen, großen und weisen Führer der Völker rühmte. Oder ist bereits die Frage nach dem plötzlichen Umsturz der Überzeugung des obersten Genossen gefährlich?

Die Politik ist komplizierter

(Fortsetzung von Seite 2)

und ihr fehlendes Stimmrecht hat auch weder unseren Wiederaufbau und die Hilfe der Bundesrepublik gehindert noch die politische und geistige Verbundenheit zwischen Berlin und der Bundesrepublik beeinträchtigt. Niemand auch ist im Bundestag eine Abstimmung wegen der Stimmlosigkeit der Berliner Abgeordneten gegen Berlins Interessen ausgegangen. Wohl aber werden die Meinungen der Berliner Abgeordneten in allen Fraktionen besonders beachtet. Bei der CDU/CSU hat sogar der „stimmlose“ Berliner Bundestagsabgeordnete Dr. Heinrich Krone die Schlüsselstellung als

Vorsitzender der Bundestagsfraktion. Nicht von der Stimme — die ist ohnehin nur eine unter fünfhundert —, sondern von der persönlichen und sachlichen Autorität des einzelnen Abgeordneten hängt es ab, wie intensiv er mitgestalten kann.

Sollte sich im Laufe der Zeit eine grundlegende Veränderung der Betrachtungsweise ergeben, dann kann der Vorschlag des Senats immer noch realisiert werden. Heute jedenfalls wäre die Realisierung bedenklich. Deshalb sollte man auch nicht die Korrektur den verbündeten Alliierten überlassen, sondern selber korrigieren. Die Berliner Bevölkerung wird das ganz

Rechenkünstler

Unabhängig zerpflückt die mitteleuropäische Bevölkerung die Propagandaargumente der SED-Agitatoren und fragt immer wieder mit erbarmungsloser Hartnäckigkeit (von der man in der Bundesrepublik lernen könnte) nach der Wiedervereinigung. Auch der Kreisverband Görlitz-Stadt der FDJ diskutierte kürzlich sehr ernst einige SED-Thesen und kam zu dem Ergebnis: „Die DDR ist nur ein Drittel Deutschlands, und die Bundesrepublik umfaßt zwei Drittel. Bei solch klarem Verhältnis ist es vermessend, zu erklären, daß die DDR die Zukunft ganz Deutschlands verkörpert.“

„An einige Rechenkünstler“ richtete darauf das SED-Organ „Sächsische Zeitung“ eine Zurechtweisung: „Anschließend haben die Görlitzer Freunde nicht begriffen, daß es Dinge gibt, die über das kleine Einmaleins hinausreichen.“ Der ideologische Oberrechenkünstler des Blattes versteht darunter: „Hunderttausende Arbeiter und Bauern Westdeutschlands haben in unserer Republik den Staat erkannt, den auch sie sich wünschen. Diese Hunderttausende wurden von den Görlitzer Jugendfreunden in ihrem rechnerischen Salto mortale vergessen. Deshalb geht die Rechnung der Freunde in Görlitz nicht auf, deshalb sind wir trotz des kleineren Territoriums stärker und haben die Zukunft auf unserer Seite.“

Angenommen, es gäbe wirklich die „Hunderttausende“ in der Bundesrepublik, die sich danach sehnen, in der Zone zu wohnen, arbeiten und auf Lebensmittelkarten leben zu können: Die Rechnung ginge doch nie auf. Die Görlitzer Jugend kann doch besser rechnen als die SED-Propagandisten...

sicher verstehen. Und sie wird nur erfreut sein, wenn ihr ein Wahlkampf im nächsten Jahr erspart bleibt, der wie jeder Wahlkampf Unruhe und Uneinigkeit bringt.

So sind sie wirklich:

Der „bürgerliche“ Agitator Pankows

Es gibt bestimmte politische Situationen, in denen die SED auf einen „Bürgerlichen“ zurückgreifen muß, um undemokratische Maßnahmen vor der Weltöffentlichkeit zu bagatellisieren. Mit Vorliebe pflegt sie sich dazu des Präsidenten der „Volkskammer“, Johannes Dieckmann, zu bedienen. Dieckmann hat die sowjetzonalen Konzentrationslager, von denen sich heute sogar die SED distanzieren möchte, verteidigt und sanktioniert. Dieckmann hat die Forderung nach Freilassung der Kriegsgefangenen als „faschistische Parole“ bezeichnet und vor der Weltpresse behauptet, es gäbe keinen sowjetzonalen Flüchtlingsstrom. Dies zu einer Zeit, als täglich mehr als 1000 Menschen aus der Zone nach Westberlin geflüchtet sind.

Mit seinem „Brief an einen evangelischen Freund in Westdeutschland“ hat Dieckmann auch jetzt wieder in die Politik eingreifen wollen. Als Sohn eines Geistlichen verteidigt er den Kirchenkampf seines Regimes, der Millionen Menschen in Gewissenskonflikte zu bringen droht. Ein Radikalkommunist, ein in Moskau umgeschulter Emigrant?

Vom Kaisertrauen zur Roten Fahne

Dieckmann, heute 63 Jahre alt, hat Nationalökonomie und Handelswissenschaften studiert. Als Hauptmann der kaiserlichen Armee stieg er mit monarchistischen Tendenzen in die Politik. Als sein Kaiser ging, wurde er Osnabrücker Sekretär der Deutschen Volkspartei (DVP). Seine Beziehungen zu Stresemann, in denen er biographisch schwelgt, haben nach den Berichten seiner Zeitgenossen nie bestanden. Ein „Möchtegern“, ein maßloser Streber kam mit Dieckmann in die deutsche Politik.

Von 1922—1933 leitete er die Deutsche Volkspartei im Bezirk Ostschlesien, ihr verdankt er ein Mandat im Landtag. Eine von ihm forcierte „Junge Deutsche Volkspartei“ sollte seinen extrem nationalistischen

JOHANNES DIECKMANN



monarchistischen Zielen dienen. Während seiner gesamten Amtstätigkeit zeigte er auf Kundgebungen die schwarz-weiß-rote Fahne mit der Kaiserkrone. Die Nazis sahen ihn mit Wohlwollen, die Kommunisten bezeichneten ihn in ihrer Presse als „Nationalfaschisten“. So bleibt er auch nach 1933 ungeschoren. Als Syndikus der Kohlenwirtschaft hat er mit seinen heutigen Genossen wenig gemein.

„Man muß die Russen unterstützen!“

Daß er trotzdem nicht Mitglied der NSDAP geworden ist, prädestiniert ihn 1945 erneut für die Politik. Dieckmann wird Mitbegründer der neuen „Demokratischen Partei Deutschlands“, die später in der LDP aufging. „Man muß die Russen unterstützen, um gegen die Kommunisten anzukommen!“ ist seine etwas seltsame Theorie. Als Zonenvorstands-Mitglied der LDP und Geschäftsführer der landeseigenen Sächsischen Kohlenkontor-GmbH zeigt er noch keine sichtbaren kommunistischen Ambitionen. Seine KPD-Kollegen bezeichnen ihn als „waschechten Reaktionär“.

Mit seiner Berufung als Justizminister des Landes Sach-

sen (Dieckmann war nie Jurist gewesen!) erlebt der Ehrgeizige 1948 den großen Gesinnungswandel. Von den heutigen Zonenfunktionären ist er — geistig gesehen — der jüngste Kommunist. Dieckmanns Rolle als Justizminister ist eines der dunkelsten Kapitel seines Lebens. Die SED lacht über diesen Mann, aber sie lernt ihn zu schätzen. Er ist eines der bürgerlichen Aushängeschilder ihrer Politik. 1949 im „Deutschen Volksrat“, zeichnet sich schon seine künftige Regierungsstellung ab. Im Oktober des gleichen Jahres übergibt man ihm das Präsidium der „Provisorischen Volkskammer“, die sich nur aus Tarnungsgründen als Provisorium bezeichnen mußte. Die Oktober-„Wahl“ von 1950 „bestätigt“ ihn in seinem hohen Amt.

Dieckmann wurde zum Feiertagsredner, zum Agitator des Regimes. Dutzende Male hat er der SED in schwierigen Situationen zur Seite gestanden, wenn er unpopuläre oder terroristische Maßnahmen durch beschwichtigende Erklärungen zu bagatellisieren suchte. In einem persönlichen Telegramm dankte er dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland für dessen Panzerunterstützung beim 17.-Juni-Aufstand. Zum 60. Geburtstag gab ihm die SED — gewissermaßen als nachträgliche Rehabilitierung seiner Justizminister-Tätigkeit — den „Doktor der Rechte ehrenhalber“.

Als die SED einmal tatsächlich der ehrlichen Meinung war, man würde sie als Sprecher in der Deutschlandfrage vor die UN zitieren, hatte man in Pankow schon Dieckmann für diese Aufgabe bereit gestellt. Er hätte auch hier die Interessen jener Partei vertreten, die ihn zur Macht kommen ließ. Dabei ist dieser Mann niemals Kommunist. Die SED ist ihm so fremd wie das Parteibuch der LDP. Sein Ehrgeiz, der ihn von der Monarchie zur roten Fahne trieb, ist ihm Glaubensbekenntnis genug.

Das verfahrene Parteilehrjahr

Noch so ein Kongreß, und der Dietz-Verlag ist pleite

Vierzehn Tage lang hatten Ostberlins Buchhändler gehofft, der Dietz-Verlag, Produzent aller parteiamtlichen Literatur, würde die jetzt in Moskau verrissenen Bücher Stalins und seiner Anhänger unbehindert im Handel belassen. Die das Geschäft witterten, haben in diesen zwei Wochen an politischer Literatur mehr verdient als sonst in einem ganzen Jahr. Ein Run auf Stalin und Ulbricht setzte ein. Namentlich die SED-Funktionäre, versuchten sich in stiller Schadentfrende rasch noch mit den „ketzerischen Werken“ einzudecken. „Bitte einmal 16 Bände Stalin für 80 Mark!“ war in diesen Tagen kein ungewöhnlicher Wunsch.

Jetzt hat der Dietz-Verlag eingetreten, was noch einzutreiben war. Bei den politisch ängstlichen Buchhändlern, die sich nicht mehr zu verkaufen trauten, werden ganze Wagenladungen politischer Literatur abgeholt. Die „Partei-Bibel“, die „Geschichte der KPdSU“, Stalins meisterliche Fälschung der Geschichte Sowjetrußlands bis 1937, wird bereits schwarzgehandelt. Wyschinskijs „Gerichtreden“, die gefälschten Protokolle der Moskauer Prozesse, sind nirgends mehr zu haben. Sogar Ulbrichts Wirtschafts-

theorien sind zum ersten Male seit ihrer Drucklegung ausverkauft. Stillvergnügt werden sie in Parteikreisen nachgelesen und aktuell kommentiert. Andere, die zu ähnlichen Anlässen schon früher „gefährliche“ Bücher hamsterten, ziehen jetzt Anton Ackermanns „Deutschen Weg zum Sozialismus“ aus den stillen Winkeln ihres Bücherschranks. Nur wer das starre Dogma einer kommunistischen Partei kennenlernte, kann diese ketzerischen Handlungen ganz verstehen...

Scharfe Proteste von der Kanzel

Die Kirche wollte nicht den Kampf — Dibelius mahnt

Berlin (Eigenmeldung). Eine Protesterklärung der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg gegen die Behinderung des Religionsunterrichts an den Schulen im Sowjetsektor Berlins ist in allen evangelischen Gottesdiensten verlesen worden.

In der Erklärung verwarft sich die Kirchenleitung gegen die neue Anweisung des Ostmagistrats, nach der die Katecheten zukünftig von einer Zulassung der Schulleiter abhängig sein sollen und der Religionsunterricht an den Oberschulen überhaupt verboten wird. Sie fordert ihre sofortige Aufhebung. Die Kirche könne eine Kontrolle der kirchlichen Unterweisung durch außerkirchliche Stellen nicht hinnehmen.

Außerdem wird von der Kirchenleitung darauf hingewiesen, daß die „Ungeheuerlichkeit“ dieser Anweisung einen Bruch des Berliner Schulgesetzes bedeutet. Der Kirche sei dadurch ein Kampf aufgezwungen worden, den sie nicht gewollt habe.

Bischof Dibelius betonte in einer Predigt in der Ostberliner

Marienkirche, daß er kein Wort sagen wolle, was die Spannungen in der kirchlichen Lage in der Sowjetzone vermehren könnte. Die Kirche wolle in dieser Stunde, daß Frieden werde, und sie habe das äußerste zu tun, daß Leiden verhütet würden. Aber sie scheue sich auch nicht vor einer Zeit des Kampfes und des Leidens. „Wir haben es seit 2000 Jahren erlebt und erst vor kurzem, daß der Kirche in solchen Zeiten große Glaubenskräfte erwachsen.“

Zweite Atom-Gemeinschaft

Paris (AP). Der europäische Wirtschaftsrat (OEEC) hat die „großen Umrisse“ eines Planes zur Zusammenarbeit seiner 17 Mitgliedstaaten sowie der USA und Kanadas auf dem Gebiet der Atomenergie gebilligt. Er beschloß, zum weiteren Studium des Planes einen Sonderausschuß einzusetzen, der innerhalb von drei Monaten den Ministern Bericht erstatten soll.

Am härtesten betroffen sind die Schüler des SED-Parteilehrjahrs. Alle vergangenen Bemühungen sind umsonst gewesen. Die Geschichte der KPdSU nützt ihnen heute keinen Pfifferling mehr. Noch vor Ulbrichts Rückkunft aus Moskau hat die Abt. Parteischulung des Zentralkomitees das gesamte Parteilehrjahr 1955/56 annulliert. Gegenwärtig sind die Dokumente des XX. Moskauer Parteitags das einzige Schulungsmaterial der SED. Und das knapp drei Wochen vor Beginn der III. SED-Parteikonferenz!

Der Dietz-Verlag hat, einem ersten Überschlag zufolge, ungeheure materielle Einbußen erlitten. Mit nahezu 40 Millionen unverkauften Exemplaren der Standardliteratur und erheblichen Mengen jetzt erst noch einmal zu überprüfender SED-theoretischer Werke kann er nur noch auf staatliche Subventionen hoffen. Ein besonderes Pech hatte die Abt. Parteischulung des SED-ZK, die genau vier Wochen vor Beginn der Moskauer Tagung das gesamte Schulungsmaterial für die fortgeschrittenen Lehrgänge in Druck gehen ließ und bisher nicht verkaufen konnte.

Und was sagt Ulbricht?

Ulbrichts erste Erklärung nach seiner Ankunft in Berlin war eine Manifestation der Unsicherheit. Er, der fleißigste Schüler Stalins, hielt eine Büttenrede auf den alten Meister, die sogar hartgesottene Kommunisten in Erstaunen setzte. Nur die Frage seiner inzwischen rehabilitierten Parteifeinde hat er stillschweigend übergangen. Dafür stürzt sich die gesamte SED-Argumentation jetzt in seltener Verbissenheit ausgerechnet auf die wirtschaftlichen Thesen des XX. Moskauer Parteitags, obwohl die politischen im Augenblick weitaus interessanter wären.

Bis Ende März, zur Parteikonferenz der SED, dürfte sich hier noch mancher Bocksprung ereignen. Denn allein mit Referaten über die kommende Elektrifizierung Transkaukasiens ist eine so große ideologische Umschichtung, wie sie in Moskau erfolgte, auch in der SED nicht abzutun.

Berlin als Hauptgewinn erlebt

99 Schüler aus Westdeutschland lernen die Insel-Stadt kennen

Berlin (Eigenbericht). Es ist viel, sehr viel, was auf die 99 Mädchen und Jungen aus Didersee, Bramsche und Watterscheid einströmt, Berlin verwirrt sie, es ist Neuland in jeder Beziehung. Nicht nur, daß sie aus Kleinstädten in die größte Stadt Deutschlands kommen, die U-Bahn kennenlernen oder doppelstöckige Busse bestaunen dürfen, Sondern es ist auch der äußerliche Kontrast zwischen West und Ost, der sie betroffen macht. Bisher kannten sie diesen Schnitt durch die Stadt nur vom Hörensagen. Jetzt sind sie selbst im Bereich der Sektorengrenze.

Leider haben die westdeutschen Schüler nur acht Tage Zeit. Dabei ist es ihr größter Wunsch, all die politischen und sozialen Fragen praktisch zu erforschen, die sie in den vergangenen sechs Monaten theoretisch für das Weihnachts-Preisausschreiben der „Bundeszentrale für den Heimatdienst“ durcharbeiten mußten.

Was hieß das schon?

Vor einem halben Jahr noch wäre es besser gewesen, diesen 14- bis 16jährigen nicht mit Fragen über Berlin zu kommen. Damals waren ihre Vorstellungen über die politische Situation unserer Stadt mehr als unbestimmt. Sie geben es ehrlich zu. Die Eltern hatten zwar gelegentlich vom alten Berlin mit seinen glanzvollen Theaterpremiere- und Studentenbällen erzählt, und im Radio hatte man oft Lieder auf die Spree, die Panke oder den Berliner Bären gehört. Aber was hieß das schon?

Heute jedoch kann man diese Schüler ruhig über die Aufteilung der Westberliner Bezirke, die wichtigsten Sektorengrenzübergänge, die Probleme der Flüchtlinge oder der Ost-Abiturienten befragen. Die jungen Westdeutschen geben bessere und überlegtere Antworten, als vielleicht mancher Erwachsene.

Es war eigentlich ein Experiment, das die Bundeszentrale für den Heimatdienst mit ihrem letzten Preisausschreiben unternommen hatte. Aber die Schüler

haben sich durch die ihnen ungewohnten Aufgaben nicht verbliffen lassen. Dazu wieder ein kleines Geständnis: anfangs galt das Interesse vor allem den ausgesetzten Preisen. Zuerst sah man nur auf den Lohn der Mühe. Aber schon nach einigen Tagen hatte der Wissensdrang die Oberhand. Das bestätigen auch allgemein zahlreiche Briefe von Jugendlichen an das Büro der Bundeszentrale. Und so ging es weiter: Berliner Zeitungen waren auf einmal begehrte Ware, und sogar die Erklärungen von Zugereisten galten als interessant. In einigen Klassen konnte die Schülermitverwaltung durchsetzen, daß während der Deutsch-, Geschichts- und Erdkundestunden Berlin Thema Nummer eins wurde.

Trotz dieser eifrigen Vorbereitungen bleibt es wohl doch recht erstaunlich, daß von den 25 000 Schulklassen, die sich an diesem Preisausschreiben beteiligten, kaum eine die wichtigen Fragen falsch beantwortet hat. In kurzen, knappen Sätzen wurden meist die Fragen beantwortet, Fragen, die von der Jury etwa so formuliert worden waren: Aus welchem Grund vor allem geben viele Zonenbewohner ihre Existenz auf und bitten in Westberlin um Asyl? — Warum gibt es an einem Ostberliner Zeitungsstand keine Londoner „Times“? — Warum ist Berlin eine Insel der Freiheit? — Nur die Frage, seit wann Berlin Stadtrechte besitzt, machte zahlreichen Schülern Schwierigkeiten. Vermutlich würden jedoch auch ein Kreuzberger Mädchen oder ein Junge aus Neukölln über diese Geschichtszahl „stolpern“.

Von einem Ergebnis, einem Niederschlag der Reise, kann noch nicht gesprochen werden. Immerhin waren aber schon manche Äußerungen, wie die eines Berufsschülers aus Bramsche, zu hören. „Meine Klasse wäre sehr traurig gewesen, wenn wir statt der Reise einen wertvollen Filmapparat gewonnen hätten“, so kommentierte er den Hauptgewinn. „Für uns bedeutet diese Fahrt mehr als acht schulfreie Tage. Zum erstenmal ha-

ben wir die Möglichkeit, nicht nur entweder positiv oder negativ gefärbte Berichte zu hören, sondern können uns selbst eine Meinung über den anderen Teil Deutschlands bilden.“

Wir sind alle nachdenklicher geworden...“, sagte der junge Berlin-Besucher.

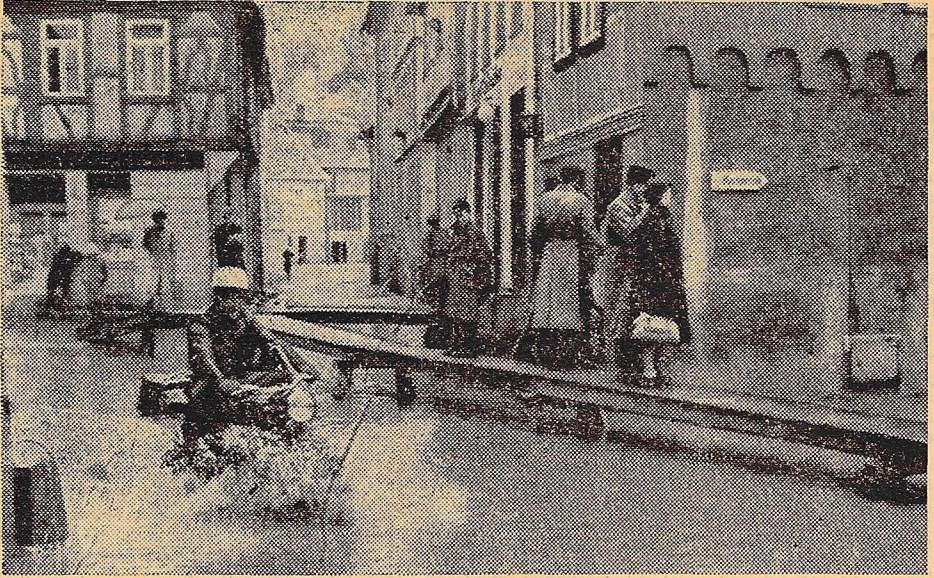
Moskau erhielt Gefangenenliste

Bonn (Eigenmeldg.) Die erste Liste mit Namen von Deutschen, von denen man wisse, daß sie in der Sowjetunion leben, ist im Bundesvertriebenenministerium fertiggestellt worden und wird in Kürze der Sowjetregierung übergeben. Die Liste enthält nicht nur Namen von Kriegsgefangenen, die sich noch vor kurzer Zeit in der Sowjetunion befunden haben und bisher nicht zurückgekehrt sind, sondern auch Namen von Verschleppten und Zivilinternierten. Bundesvertriebenenminister Professor Oberländer bestätigte am Montag, daß die Bundesregierung im Frühjahr 1954 der Sowjetregierung angeboten habe, für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen bestimmte wirtschaftliche Entschädigungen zu leisten.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.



BILDER DER WOCHE: Hochwasser durch Temperaturanstieg. Die überschwemmten Straßen in Dietz bei Limburg an der Lahn. — Unten: Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Haas, ist in der sowjetischen Hauptstadt angekommen. Unser Bild zeigt ihn vor der Abreise auf dem Flughafen Düsseldorf-Lohausen.

